

DIE MODERNISIERUNG DER WESTDEUTSCHEN UNIVERSITÄTEN NACH 1945

OTA KONRÁD

Abstract

The Modernization of West German Universities after 1945

The paper deals with the modernization of the West German universities after 1945. In the first post war years important university reforms did not occur. At the end of the 1950's some ideas began to appear which were fully realized in the reforms in the 1960's. New duties were assigned to the universities, weakening the traditional conception of education. Extensive building of new universities, formation of new models of universities, rapid grow of the number of students and changes in the social structure of university students help to understand the 1960's as an important milestone in modern German university history.

Keywords: education, university reforms, modernization, West Germany

Nach der totalen Niederlage des Dritten Reiches wurde Deutschland in mehrere Besatzungszonen aufgeteilt. Die einzelnen Besatzungsmächte legten in ihrer Besatzungspolitik unterschiedliche Akzente fest, wobei der Widerspruch zwischen der Besatzungspolitik der UdSSR und derjenigen der westlichen Alliierten immer deutlicher wurde. Damit setzte nicht nur eine Entwicklung ein, die Ende der 40er Jahre zur Teilung Deutschlands und zur Eingliederung von West- und Ostdeutschland in feindlich gesinnte Blöcke führte; es wurden darüber hinaus auch zentrifugale Tendenzen im innenpolitischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich gestärkt. Während in der russischen Besatzungszone das sowjetrussische politische, gesellschaftliche und kulturelle Modell rigoros und unter Ausnützung aller Machtmittel von oben her durchgesetzt wurde, ging die Besatzungspolitik der Westalliierten, mit den Vereinigten Staaten an der Spitze, vor

allem von dem Grundsatz einer allmählichen Übergabe der Entscheidungskompetenzen in die Hände einer frei gewählten deutschen politischen Elite aus.¹

Aus dieser Charakteristika folgt, daß amerikanische politische, gesellschaftliche oder kulturelle Modelle nach Westdeutschland nicht einfach exportiert wurden. Der Nachkriegswirklichkeit entspricht eher, die oftmals tiefgreifenden strukturellen Veränderungen in Westdeutschland nach 1945 als einen komplizierten Prozess der Aneignung und Reinterpretation der westlichen Vorbilder unter deutschen Bedingungen anzusehen. Nichtsdestoweniger ist der Einfluss vor allem der Vereinigten Staaten in Westdeutschland nur schwer zu überschätzen. Zum ersten mal wurden die schon seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts feststellbaren amerikanischen Einflüsse in Europa durch die reale militärische und machtpolitische Anwesenheit der USA in Deutschland unterstützt, eine Entwicklung die auch nach der Wiedererlangung der westdeutschen Souveränität weiter anhielt.²

Diese allgemeine Beschreibung des westdeutschen politischen, internationalen und kulturellen Umfeld nach 1945 ist im Auge zu behalten, ver-

¹ Zur Besatzungspolitik der westlichen Alliierten vgl.: Diefendorf, Jeffrey M. – Frohn, Axel – Rupieper, Hermann-Josef (Hrsg.): *American Policy and the reconstruction of West-Germany 1945–1955*, Cambridge – New York 2004; Henke, Klaus-Dietmar: *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1996; Waibel, Dieter: *Von der wohlwollenden Despotie zur Herrschaft des Rechts. Entwicklungsstufen der amerikanischen Besetzung Deutschlands 1944–1949*, Tübingen 1996; Weisz, Christoph (Hrsg.): *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949*, München 1994; Foschepoth, Josef – Steininger, Rolf (Hrsg.): *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn 1985; Turner, Ian D. (Hrsg.): *Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy and the Western Zones 1945–1955*, Oxford – New York 1989; Willis, Frank Roy: *France, Germany and the New Europe 1945–1967*, London – New York 1967. Zur sowjetischen Besatzungspolitik vgl.: Naimark, Norman M.: *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997. Zur gemeinsamen Institution der Besatzungsmächte vgl. v.a.: Mai, Günter: *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948*, München 1995.

² Zu den Konzepten der „Amerikanisierung“ und „Westernisierung“ der BRD vgl.: Jarausch, Konrad H. – Siegrist, Hannes: *Amerikanisierung und Sowjetisierung. Eine vergleichende Fragestellung zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte*. In: Jarausch, Konrad H. – Siegrist, Hannes (Hrsg.): *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt am Main 1997, S. 11–48; Doering-Manteuffel, Anselm: *Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft*, *Archiv für Sozialgeschichte* 35 (1995), S. 1–34; Ders.: *Wie westlich sind die Deutschen. Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999; Vgl. auch den Forschungsbericht: Gassert, Philipp: *Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung*. *Neue Literatur zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa*, *Archiv für Sozialgeschichte* 39 (1999), S. 531–561.

sucht man die Entwicklung der westdeutschen Universitäten von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Ende der 60er Jahre darzustellen. Schon auf den ersten Blick erscheint die westdeutsche Universitätsgeschichte in den ersten Nachkriegsjahren als ein Bereich, in dem (im Unterschied zum Beispiel zum westdeutschen politischen System, zur entstehenden Medienlandschaft oder zur westdeutschen Wirtschaft) die amerikanischen und westlichen Modelle im Allgemeinen am wenigsten durchgesetzt werden konnten. Die westdeutschen Universitäten griffen gleich nach 1945 im Großen und Ganzen auf ihre eigenen Traditionen zurück, ihre Wiedereröffnung wurde meistens als eine Restauration der Verhältnisse vor 1933, bzw. noch vor dem Ersten Weltkrieg verstanden. Erst ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre und dann vor allem in den 60er Jahren ist es zu tiefgreifenden Veränderungen im Hochschulbereich gekommen, die in der Folge jene deutsche Traditionen in Frage stellten und seit dem eine nicht unterbrochene Diskussion über die Rolle und Bedeutung der Universitäten in der modernen Gesellschaft entfesselten.³

Dabei sind vor allem zwei wesentliche Aspekte dieser Veränderungen in den 60er Jahren hervorzuheben: Erstens der wesentliche quantitative Ausbau des Hochschulwesens, der jedoch zugleich auch eine tiefgreifende Veränderung der inneren Struktur der Hochschulen bedeutete und von einer Diskussion über die Rolle der Bildung in der Gesellschaft begleitet wurde. Zweitens handelte es sich um eine damit zusammenhängende Steigerung des Staatseinflusses und um einen Trend zu einer zentralen und planerischen Koordinierung der Hochschulpolitik. Diese Tendenz gipfelte einerseits Ende der 60er Jahre in der Novellierung des Grundgesetzes, die den traditionellen Kulturföderalismus an die neuen Bedingungen anpassen sollte, und zugleich im Hochschulrahmengesetz, das die erste einheitliche hochschulpolitische Norm in der deutschen Geschichte darstellte.

Unter diesen Gesichtspunkten nimmt es sich der vorgelegte Beitrag zum Ziel, die Entwicklung der Universitäten in Westdeutschland im Zeitraum 1945–1969 darzustellen, wobei das Hauptaugenmerk auf die Frage ihrer Modernisierung gerichtet wird. Hans-Ulrich Wehler hat in seiner Stu-

³ Einen fundierten Überblick über die deutsche Bildungsgeschichte lieferten vor allem: Führ, Christoph: Deutsches Bildungswesen seit 1945, Bonn 1996; Ders. – Furck, Carl-Ludwig (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. IV, 1945 bis zur Gegenwart, München 1998. Weiter vgl. auch den 65. Band der „Enzyklopädie deutscher Geschichte“ mit der weiteren Literatur (Kroll, Frank-Lothar: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, München 2003).

die über die Modernisierung für eben jene den Begriff der liberalen und demokratischen Werte „nicht nur im politischen Verfassungsleben, sondern auch im gesellschaftlichen und privaten Bereich“ als konstitutiv angegeben.⁴ In diesem Zusammenhang kann man die Modernisierung der westdeutschen Universitäten nach 1945 als einen Prozess der Angleichung eines spezifischen Gesellschaftsbereichs an die Erfordernisse der sich verändernden westdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft verstehen.

Der Beitrag verfolgt diese Zielsetzung in drei Teilen. Der erste Teil behandelt die unmittelbare Nachkriegszeit, d.h. den Zeitraum von 1945 bis zum Ende der 40er Jahre, als sich Westdeutschland unter dem direkten Einfluss der Besatzungsmächte befand. Das Hauptgewicht wird dabei der amerikanischen Besatzungspolitik beigemessen. Der zweite Teil widmet sich der „Übergangsepoche“ der 50er Jahren, in der zwar die rückwärts gesinnende, konservative Atmosphäre an den Universitäten weiter petrifiziert wurde, zugleich setzten jedoch bereits die Entwicklungen und Trends ein, die dann das darauf folgende Jahrzehnt maßgebend bestimmen sollten. Die Entwicklung des westdeutschen Hochschulwesens in den 60er Jahren bildet den Gegenstand des letzten Teiles des Beitrages.

Der Wiederaufbau nach 1945

Das sich die Universitäten, die nach der totalen Niederlage des Dritten Reiches unter die Machtsphäre der drei westlichen Alliierten gerieten, in einem katastrophalen Zustand befanden, muss nicht besonders hervorgehoben werden.⁵ Erstens betraf dies den – jedoch von Universität zu Universität sehr unterschiedlichen – Ausmaß der Zerstörung ihrer „materiellen“ Substanz. Die ausgebombten Gebäude, die nicht nur kriegsbedingt, son-

⁴ Wehler, Hans-Ulrich: *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975, S. 60.

⁵ Allgemein zur deutschen Universitäten nach 1945 vgl.: Schildt, Axel: *Im Kern gesund? Die deutschen Hochschulen nach 1945*. In: König, Helmut – Kuhlmann, Wolfgang – Schwabe, Klaus (Hrsg.): *Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen*, München 1997, S. 223–240; Struebel, Gustav: *1945 – Neuanfang oder versäumte Gelegenheit?* In: Jörg Tröger (Hrsg.): *Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt am Main 1984, S. 168–180; Duewell, Kurt: *Die Startbedingungen der Hochschulen. Vertreibung, Entnazifizierung und zerstörte Universitäten*. In: Köhler, Wolfram (Hrsg.): *Nordrhein-Westfalen Fünfzig Jahre später 1946–1996*, Essen 1996, S. 104–113; Öhler, Christoph: *Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945*, Frankfurt am Main 1989.

dern auch in Folge der „Bücherverbrennungen“ und der bewussten internationalen wissenschaftlichen Isolation nach 1933 nur bruchstückhafte Bibliotheksbestände besaßen, aber auch die zerstörte städtische Infrastruktur erschwerten den erforderlichen Neuanfang erheblich. Nach der zwölfjährigen Existenz des NS-Regimes war auch die Zusammensetzung des Lehrkörpers tiefgreifend verändert worden. Die personellen Verluste resultierten vor allem aus den rassistisch und politisch bedingten „Säuberungswellen“⁶ und waren nach der Niederlage des „Dritten Reiches“ aufgrund der breiten wissenschaftlichen Emigration nach 1933, aber auch infolge der Ermordung der in Deutschland verbliebenen jüdischen Universitätslehrer nicht wettzumachen.⁷ Sie sind jedoch auch auf die Kriegsverluste vor allem unter dem wissenschaftlichen Mittelbau zurückzuführen.

Drittens war im Hinblick auf die bevorstehende Umerziehung der Deutschen auch der „ideelle“ Zustand der Universitäten, bzw. der Wissenschaften nicht besonders günstig.⁸ Die schon erwähnten personellen Säuberungen nach 1933 bedeuteten zugleich eine Ausgrenzung ganzer wissenschaftlicher Schulen und oftmals innovativer Forschungsansätze. Darüber hinaus wurden die Wissenschaften im NS-Regime weitgehend (selbst)gleichgeschaltet. Die Selbstmobilisierung vieler Universitätslehrer

⁶ Bis zum Wintersemester 1934/35 wurden etwa 15 % der Hochschullehrer aus ihren Stellen entfernt. Bis zum Jahr 1939 veränderte sich die Zusammensetzung des Lehrkörpers der deutschen Hochschulen insgesamt um 45 % (Kroll 2003, S. 25).

⁷ Zur Emigration vgl. die biographischen Handbücher: Krohn, Claus-Dieter – Mühlen, Patrik von zur – Paul, Gerhard – Winkler, Lutz (Hrsg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998; Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): International biographical dictionary of Central European émigrés 1933–1945, Vol 2: The arts, sciences and literature, München 1983; Röder, Werner – Strauss, Herbert A. (Hrsg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, 3 Bände in 4 Teilen, München 1980. Weiter vgl.: Kröner, Peter: Vor fünfzig Jahren. Die Emigration deutschsprachiger Wissenschaftler 1933–1939, Münster 1983; Möller, Horst: Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984; Fischer, Klaus: Die Emigration von Wissenschaftlern nach 1933. Möglichkeiten und Grenzen einer Bilanzierung, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), S. 535–549; Krohn, Claus-Dieter: Deutsche Wissenschaftsemigration seit 1933 und ihre Reemigrationsbarrieren nach 1945. In: Bruch, Rüdiger vom – Kaders, Brigitte (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 437–452.

⁸ Zur Umerziehung vgl.: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981; Füssl, Karl-Heinz: Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges 1945–1955, Paderborn – München – Wien – Zürich 1994; Pakschies, Günter: Umerziehung in der Britischen Zone 1945–1949. Untersuchungen zur britischen Re-education-Politik, Köln – Wien 1984.

zugunsten des NS-Regimes, ihre Bereitschaft, ihn „wissenschaftlich“ zu legitimieren oder die Realisierung seiner ideologischen Pläne durch wissenschaftliche Expertisen zu ermöglichen, ebenso wie die Durchdringung der Forschung durch die Rassenideologie und die „Blut-und-Boden“-Phraseologie schufen keine günstigen Ausgangsbedingungen für einen demokratischen Neuanfang.⁹

In diesem Kontext erscheinen die Vorbereitungen der Westalliierten für die Besatzungspolitik im hochschulpolitischen Bereich eher als unzureichend.¹⁰ Wie James F. Tent unterstreicht, stand den amerikanischen Besatzungsbehörden nur ein Stab von 40 Leuten in der zuständigen Education and Religious Affairs (E&RA) Behörde zur Verfügung, eine Zahl, die sich auch in den nächsten Jahren nicht wesentlich vergrößern sollte.¹¹ Darüber hinaus gab es keine gemeinsame und ausgereifte westalliierte Konzeption einer Universitätsreform.¹²

⁹ Einen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung im Falle der Geisteswissenschaften im NS-Regime bietet der Sammelband: Hausmann, Frank-Rutger (Hrsg.): Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945, München 2002. Zur lebhaft diskutierten Frage der Verwicklung der Geschichtswissenschaft im NS-Regime vgl.: Schulze, Winfried – Öxle, Otto Gerhard (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1999.

¹⁰ Zur alliierten Deutschlandplanung im Allgemeinen vgl.: Krieger, Wolfgang: Die amerikanische Deutschlandplanung – Hypotheken und Chancen für einen Neuanfang. In: Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 25–50; Kettenacker, Lothar: Der britische Rahmenplan für die Besetzung Deutschlands und seine unerwarteten Folgen. In: Volkmann 1995, S. 51–74; Soutou, Georges-Henri: Frankreich und die Deutschlandfrage 1943 bis 1945. In: Volkmann 1995, S. 141–172; Kettenacker, Lothar: Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 1989; Loth, Wilfried: Die Deutschlandplanung der Sieger, Aus Politik und Zeitgeschichte 18/19 (2005), S. 27–33.

¹¹ Vgl.: Tent, James F.: Mission On the Rhine: American Education Policy in Postwar Germany, 1945–1949, *History of Education Quarterly* 22 (1982), S. 255–276. Vgl. auch: Ders.: Mission on the Rhine: Reeducation and Denazification in American-occupied Germany, Chicago 1982.

¹² Zur Hochschulpolitik der Westalliierten vgl.: Phillips, David (Hrsg.): German Universities after the Surrender: British Occupation Policy and the Control of Higher Education, Oxford 1983; Ders.: War-Time Planning for the „Reeducation“ of Germany. Professor E. R. Dodds and the German Universities, *Oxford Review of Education* 12 (1986), S. 195–208; Phillips, David: Zur Universitätsreform in der britischen Besatzungszone 1945–1948, Köln – Wien 1983; Ders.: Britische Initiative zur Hochschulreform in Deutschland: Zur Vorgeschichte und Entstehung des „Gutachtens zur Hochschulreform“ von 1948. In: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau, Stuttgart 1981, S. 172–196; Pingel, Falk: Wissenschaft, Bildung und Demokratie – der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform. In: Foschepoth, Josef – Steininger, Rolf (Hrsg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 183–209.

Das Hauptgewicht der amerikanischen Hochschulpolitik nach 1945 lag daher eindeutig in dem personellen Wiederaufbau der geschlossenen Universitäten, was vor allem eine Entnazifizierung der Lehrkörper bedeutete. Mindestens aus einer unmittelbaren Nachkriegsperspektive erscheint jedoch der Entnazifizierungsprozess als wenig erfolgreich, was die Möglichkeiten für einen radikalen Neuanfang im Nachhinein weiter beträchtlich begrenzte.¹³ Spätestens seit dem Ende der 40er Jahre konnten nämlich die meisten der Universitätslehrer, die entweder gleich nach dem Zerfall des Dritten Reiches von den Universitäten selbst, oder in einem ungleich höheren Ausmaß von den zuständigen Stellen der Besatzungsmächte entlassen oder interniert worden waren, im Laufe des immer mehr versandeten Entnazifizierungsprozesses an die Universitäten zurückkehren. Die Aufsichtsbeendigung über den Entnazifizierungsprozess seitens der Westalliierten im Jahre 1948, die vom Bundestag im Jahre 1950 verabschiedeten Richtlinien zur Beendigung der Entnazifizierungen und das für die Universitäten wichtige sogenannte 131er Gesetz von 1951, das die Rückkehr der im Folge der Entnazifizierung entlassenen Beamten ermöglichte, markierten diesen Weg, in dessen Rahmen an vielen Hochschulen im Großen und Ganzen der Lehrkörper von vor 1945 wieder etabliert wurde.¹⁴

¹³ Zur Entnazifizierung an den Universitäten vgl. vor allem: Ash, Mitchell G.: Verordnete Umbrüche – Konstituierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43 (1995), S. 903–923; Schulze, Winfried: Doppelte Entnazifizierung: Geisteswissenschaften nach 1945. In: König, Helmut – Kuhlmann, Wolfgang – Schwabe, Klaus (Hrsg.): *Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen*, München 1997, S. 257–286; Chroust, Peter: *Demokratie auf Befehl? Grundzüge der Entnazifizierungspolitik an den deutschen Hochschulen*. In: Knigge-Tesche, Renate (Hrsg.): *Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat*, Frankfurt am Main 1999, S. 133–149; Seemann, Silke: *Die politische Säuberung des Lehrkörpers der Freiburger Universität nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (1945–1957)*, Freiburg in Breisgau 2002; Paletschek, Sylvia: *Entnazifizierung und Universitätsentwicklung in der Nachkriegszeit am Beispiel der Universität Tübingen*. In: Bruch, Rüdiger vom (Hrsg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002, S. 393–408.

¹⁴ Zur Entnazifizierung in Deutschland im allgemeinen vgl.: Niethammer, Lutz: *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns*, Bonn 1982; Vollnhals, Clemens – Schlemmer, Thomas (Hrsg.): *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949*, München 1991; Vollnhals, Clemens: *Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft*. In: Volkmann 1995, S. 369–392 und Rauh-Kühne, Cornelia: *Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft*, *Archiv für Sozialgeschichte* 35 (1995), S. 35–70.

Neben einer unzureichenden personellen Ausstattung der für die Hochschulpolitik zuständigen Besatzungsbehörden, die darüber hinaus noch den komplizierten Entnazifizierungsprozess in Gang setzen und kontrollieren mussten, ist als eine weitere Determinante der Besatzungspolitik im Hochschulwesen die bedrückende Nachkriegssituation zu nennen. Sie verstärkte den Druck auf eine baldmöglichste Wiedereröffnung der Medizinischen Fakultäten und Universitätskliniken, was in Folge zur Aufnahme des Lehrbetriebs an den Universitäten in der amerikanischen Besatzungszone schon im Dezember 1945 führte.¹⁵

Es wäre jedoch zu vereinfachend, die amerikanische Besatzungspolitik im Hochschulbereich in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur als konzeptionslos und pragmatisch zu bezeichnen. Unter den Hochschuloffizieren gab es eine Menge an gut gebildeten, entschlossenen und organisatorisch begabten Männern, die auch unter den Bedingungen der ersten Nachkriegsmonate versuchten, eigene Ideen zu entwickeln und zur inhaltlichen wie auch formellen Erneuerung der deutschen Universitäten im Zusammenhang mit dem Umerziehungskonzept beizutragen.¹⁶ Von ihnen sei

¹⁵ Zur Wiedereröffnung der Universitäten vgl.: Gerhardt, Ute: Die Amerikanischen Militäroffiziere und der Konflikt um die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg 1945–1946. In: Hess, Jürgen C. – Lehmann, Hartmut – Sellin, Volker (Hrsg.): Heidelberg 1945, Stuttgart 1996, S. 30–54; Phillips, David: Zur Wiedereröffnung der Universitäten in der britischen Zone. Nationalistische Gesinnung, Entnazifizierung und das Problem der Zulassung zum Studium, Bildung und Erziehung 36 (1986), S. 34–53; Brinkmann, Jens-Uwe: „Das Vorlesungsverzeichnis ist noch unvollständig...“ Der Wiederbeginn an der Georgia Augusta. In: Schmeling, Hans-Georg (Hrsg.): Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn, Göttingen 1985, S. 301–314; Bird, Geoffrey: Wiedereröffnung der Universität Göttingen. In: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau, Stuttgart 1981, S. 167–171; Schmid, Manfred – Schäfer, Volker (Bearb.): Wiedergeburt des Geistes. Die Universität Tübingen im Jahre 1945, Tübingen 1985; Pfetsch, Frank R.: Neugründung der Universität nach 1945? In: Buselmeier, Klaus (Hrsg.): Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, München 1986, S. 365–380; Heimpel, Hermann: Der Neubeginn der Georgia Augusta zum Wintersemester 1945–46, Hannover 1986; Respondek, Peter: Besatzung – Entnazifizierung – Wiederaufbau. Die Universität Münster 1945–1952, Münster 1995. Allgemeiner zur Situation an den Universitäten in den ersten Nachkriegsjahren vgl.: Krönig, Waldemar – Müller, Klaus-Dieter: Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Stuttgart 1990; Defrance, Corine: Les Alliés occidentaux et les universités allemandes 1945–1949, Paris 2000; Dies.: Deutsche Universitäten in der Besatzungszeit zwischen Brüchen und Traditionen 1945–49. In: Papenfuß, Dietrich (Hrsg.): Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert. Tagungsbeiträge eines Symposiums der Alexander von Humboldt-Stiftung, Köln 2000, S. 409–428.

¹⁶ Zu den Hochschuloffizieren vgl. vor allem: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens nach 1945 in Westdeutschland 1945–1952, Teil 1: Die Britische Zone, Teil 2: Die US-Zone, Teil 3: Die Französische Zone, Hildesheim 1990.

hier vor allem Edward Y. Hartshorne genannt, der für die Wiedereröffnung der Heidelberger Universität zuständig war.

Auf Hartshornes Initiative wurden auch die sogenannten Marburger Hochschulgespräche im Juli 1946 initiiert.¹⁷ Ihre Bedeutung lag vor allem darin, daß sie die erste interzonale hochschulpolitische Konferenz war, an der seit 1947 nicht nur die Vertreter des Hochschulwesens aus der amerikanischen und britischen Zone, sondern auch die Hochschulen der französischen und sowjetischen Zone teilgenommen hatten. Dieses interzonale Zusammentreffen führten die Alliierten bis zum Jahr 1949.¹⁸ In den Marburger Hochschulgesprächen wurde vor allem das Thema der erzieherischen Aufgaben der Hochschulen in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgegriffen, dem „in der gegenwärtigen Krise, die die gesamte Kulturwelt, in besonderer Schärfe aber Deutschland erfasst hat“, eine „erhöhte Bedeutung und Dringlichkeit“ zukommen sollte.¹⁹ Um diese gesellschaftliche und kulturelle Rolle zu erfüllen, sollten die deutschen Hochschulen, wie aus der Resolution der Hochschulgespräche von 1948 hervorgeht, wieder zur traditionellen Konzeption des charakterbildenden Einflusses der Beschäftigung mit der Wissenschaft zurückkehren: „Die Hochschule erfüllt ihren Erziehungsauftrag in erster Linie dadurch, daß sie die Jugend durch wissenschaftliche Arbeit zu kritischem Denken, zu vorurteilsfreier Untersuchung der Wirklichkeit und zu selbständigem Urteil anleitet“.²⁰

Weit mehr detaillierte und konkretere Vorschläge für eine Hochschulreform brachten die sog. Schwalbacher Richtlinien. Sie fassten die Vorschläge eines Sachverständigenausschusses zusammen, der aus Vertretern der Hochschulen und der Kultusministerien der Länder der amerikanischen Zone bestand.²¹ Der Ausschuss tagte im Herbst 1947 in Bad Schwalbach. Die Re-

¹⁷ Nur ein paar Wochen nach der Konferenz wurde Hartshorne jedoch Opfer eines bisher nicht ganz aufgeklärten Attentats. Zu Hartshorne vgl.: Tent, James F.: Edward Y. Hartshorne and the Reopening of German Universities, 1945–1948: His Personal Account. In: Heideking, Jürgen – Depaepe, Marc – Herbst, Jürgen (Hrsg.): Mutual Influences on Education: Germany and the United States in the Twentieth Century, Gent 1997, S. 183–200; Ders. (Hrsg.): Academic Proconsul: Harvard Sociologist Edward Y. Hartshorne and the Reopening of German Universities: His Personal Account, Trier 1998.

¹⁸ Zur ersten Gespräche vgl.: Marburger Hochschulgespräche 12. bis 15. Juni 1946. Referate und Diskussionen, Frankfurt am Main 1947.

¹⁹ Marburger Hochschulgespräche 1948. In: Neuhaus, Rolf (Bearb.): Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, Wiesbaden 1961, S. 261.

²⁰ Ebd.

²¹ Neben den drei hohen Beamten der Kultusministerien von Bayern, Hessen und Württemberg-Baden, gehörten dem Ausschuss auch die Rektoren der Universitäten in Würzburg,

formvorschläge betrafen vor allem die universitäre Organisation und den Entscheidungsprozess, an dem nicht nur die Ordinarien, sondern auch andere Mitglieder des Lehrkörpers (Extraordinarien und Privatdozenten) teilnehmen sollten. Konkret führte diese Idee der Öffnung der wichtigsten Entscheidungsgremien zur Erweiterung des Senats und zur Schaffung eines Konzils, welches den Rektor wählte. Diesem sollten de facto alle habilitierten Hochschullehrer angehören. Im Falle der Behandlung der studentischen Angelegenheiten (Stipendienwesen, soziale Einrichtungen, Gebührenerlass, Zulassungswesen, sportliche Einrichtungen, Studienangelegenheiten) sollten in die Hochschulorgane auch die Vertreter der Studentenschaft einbezogen werden.

Darüber hinaus kritisierten die Autoren der Richtlinien die Verslossenheit der Universitäten gegenüber der Tagespolitik, sei es in der Form nur geringen wissenschaftlichen Interesses für die Politik, oder in der Form der verbreiteten Staatsgläubigkeit und Untertanenmentalität unter den Hochschulangehörigen: „Die Hochschulen dürfen sich nicht auf Inseln fern von politischer Verantwortung zurückziehen. Hier stand der Ausschuss vor der Notwendigkeit, sich kritisch mit der überkommenen Gestalt der Hochschulen auseinanderzusetzen und neue Wege zu beschreiten. Es konnte kein Zweifel darüber aufkommen, daß die bisherige Organisation jene Flucht vor der politischen Verantwortung in hervorragendem Maße begünstigt hatte, indem sie wesentliche Stücke dieser Verantwortung Staatsbehörden[...] übertragen hatte.“²²

Trotz einer solchen kritischen Bestandsaufnahme des Hochschulzustandes und trotz der Reformvorschläge, die in die internen Entscheidungsprozesse breitere Kreise des Lehrkörpers einbezogen hatten, blieb auch in den Schwalbacher Richtlinien die traditionelle Gestalt der deutschen Universität weiter bestehen. Dies betraf nicht nur die Erhaltung der Vormachtstellung der Ordinarien, bzw. der planmäßigen Professoren in der Universität,²³ son-

Frankfurt am Main und Heidelberg, siehe: Richtlinien für die Reform der Hochschulverfassungen in den Ländern des amerikanischen Besatzungsgebietes. In: Neuhaus, Rolf: Dokumente zur Hochschulreform, 1959, S. 262–288, hier S. 263.

²² Ebd., S. 285.

²³ So sollte z.B. der Senat folgendermassen zusammengesetzt werden: neben dem Rektor, Prorektor und den Dekanen gehörten dem Senat auch die Wahlensatoren, von denen je einer von jeder Fakultät aus den ordentlichen oder planmässigen ausserordentlichen Professoren gewählt sein sollte und zwei Dozenten, die von den ausserplanmässigen Professoren und Dozenten gewählt wurden. Da jedoch der Rektor (und damit indirekt auch Prorektor) und die Dekane nur aus dem Kreis der Ordinarien gewählt sein konnten, verfügten auch weiterhin die Ordinarien, bzw. die planmässigen (beamteten) Professoren über eine Mehrheit im Senat (Neuhaus 1959, S. 269).

dern auch die Art und Weise der Beziehungen zwischen der Universität und der Staatsverwaltung: Eine direktere Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Hochschulangelegenheiten in Form eines Verbindungsorgan (board of trustees) nach dem angelsächsischen Vorbild wurde von den Autoren der Richtlinien abgelehnt, da es ihnen unsicher erschien, „ob die sachlichen Bedürfnisse der Hochschulen dabei wesentlich besser oder auch nur ebenso gut fahren würden, als das bisher bei der Betreuung durch eine verständnisvolle Unterrichtsverwaltung der Fall war.“²⁴

An die wichtigsten Reformvorschläge der Schwalbacher Richtlinien – die Erweiterung des Senats, eine teilweise Einbeziehung der Studentenschaft in den universitären Entscheidungsprozess – knüpften Gutachten zur Hochschulreform (auch „Blaue Gutachten“ genannt) an, die von einem vom dem Militärgouverneur der britischen Besatzungszone einberufenen Ausschuss 1948 ausgearbeitet wurden.²⁵ Die „Blauen Gutachten“ sind jedoch in vielerlei Hinsicht weit über die Vorschläge der Schwalbacher Richtlinien hinausgegangen. Dies erklärt sich teilweise auch aus der Zusammensetzung des Ausschusses, dem nicht nur Vertreter der deutschen Hochschulen, Wissenschaften und der Länderverwaltungen, sondern darüber hinaus auch der Wirtschaft, der Gewerkschaften, Kirchen und der ausländischen Universitäten angehörten.²⁶

Die Reformvorschläge der „Blauen Gutachten“ zielten vor allem darauf, den größten Bedrohungen der traditionellen deutschen Universität entgegenzuwirken und auf diese Weise der veränderten politischen, gesellschaftlichen und auch kulturellen Situation der Zeit Rechnung zu tragen.

Als der erste und zweifellos auffallendste Reformvorschlag erscheint die ursprünglich von den Schwalbacher Richtlinien zurückgewiesene Idee

²⁴ Neuhaus 1959, S. 287.

²⁵ Gutachten zur Hochschulreform vom Studienausschuß für Hochschulreform („Blaue Gutachten“). In: Neuhaus, Dokumente zur Hochschulreform, 1961, S. 289–367.

²⁶ Dem Ausschuß gehörten an: als Vorsitzender Dr. h.c Henry Everling, Generaldirektor der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften (Hamburg), Lic. Dr. Joachim Beckmann, Oberkirchenrat und Dozent (Düsseldorf), Prof. Dr. Friedrich Drenckhahn, Direktor der Pädagogischen Hochschule Kiel, Prälat Dr. Robert Grosche, Stadtdechant, Mitglied des Kuratoriums der Universität Köln, Prof. Dr. Otto Gruber, TH Aachen, The Right Honourable Lord Lindsay of Birker, Master of Balliol College Oxford, Prof. Katharina Petersen, Regierungsdirektorin im Kultusministerium von Nideresachsen (Hannover), Prof. Dr. Jean Rudolf von Salis, Eidgenöss. TH Zürich, Prof. Dr. Bruno Snell, Universität Hamburg, Dr. Franz Theunert, Lektor im Bund-Verlag, Deutscher Gewerkschaftsbund (Köln), Prof. Dr. C. F. Freiherr von Weizsäcker, Max-Planck-Institut für Physik, Universität Göttingen, und als Sekretär Amtsgerichtsrat Dr. Walter Reimers (Hamburg), siehe: Neuhaus 1961, S. 628.

der Öffnung der Universität dem öffentlichen Leben in Form der Gründung eines Hochschulbeirates und des Hochschulrates. In dem Hochschulbeirat sollten neben den Vertretern der Hochschule und des Kultusministeriums auch die Vertreter der „an der Hochschule interessierten Gruppen und Körperschaften“ entsendet werden (Kirchen, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern, akademische Berufsverbände, die Vertreter der Stadtverwaltung).²⁷ Der Hochschulbeirat, der eher beratend agieren sollte, wählte einen Drittel des „Hochschulrates“ als eines „engeren“ Hochschulgremiums. Der Hochschulrat mit seinem beamteten Präsidenten an der Spitze sollte dann die Hochschulverwaltungsaufgaben übernehmen und auf diese Weise eine Art „Zwischeninstanz“ zwischen der Hochschule und dem Staat einnehmen. Bei einem Vergleich des Hochschulrates mit der Rolle des ehemaligen Amtes des Kurators der wissenschaftlichen Hochschulen liegt der Gedanke nahe, daß der Hochschulrat eine Art „Demokratisierung“ dieser ursprünglichen preußischen Institution der Hochschulverwaltung darstellen sollte.

Zweitens wurde in den Blauen Gutachten die Einführung einer neuen Art des Hochschullehrers vorgeschlagen. Die Studiendozenten und Studienprofessoren sollten einer Gefahr der Entfremdung zwischen den Vortragenden und Studenten entgegenwirken, die schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts an den größeren deutschen Universitäten in Folge des Anstiegs der Studentenzahlen und der Veränderung der *universitas magistrorum et scholarum* zu einer Massenuniversität bemerkbar gewesen war. Zugleich sollten diese neuen (bezahlten) Lehrstellen die Privatdozenten entlasten, bzw. ihnen neue Karriereöglichkeiten bieten.

Drittens sollte die bisherige soziale Exklusivität des Hochschulstudiums abgeschafft werden. Das Studium sollte gebührenfrei gemacht werden und das Stipendienwesen „großzügig“ ausgebaut werden. Die damit den Hochschulen abgeflossenen Finanzmittel sollten durch eine neu einzuführende „Schulsteuer“ wieder beschafft werden. Der anderen Gefahr einer zu engen Spezialisierung in der Bildung sollte die Einführung eines *studium generale* für die ersten zwei Semester zuvorkommen, das zugleich auch ein Teil der „staatsbürgerlichen Erziehung“ darstellte.

Von den umfangreichen „Blauen Gutachten“ und ihren Reformvorschlägen, von denen hier nur die wichtigsten dargestellt wurden, fand unter der deutschen akademischen Elite eine größere Resonanz bezeichnen-

²⁷ Gutachten zur Hochschulreform. In: Neuhaus 1961, S. 318.

derweise jedoch nur ein eher am Rande ausgesprochener Satz, nach dem die deutschen Universitäten „Träger einer alten und im Kern gesunden Tradition“ sein sollten.²⁸

Die ziemlich rasch wiedereröffneten Universitäten und ihr Lehrkörper erblickten die erforderliche Erneuerung eher in einer Restauration der „altbewährten“ Traditionen. In organisatorischer Hinsicht wurden in diesem Zusammenhang die Universitäten „nur“ von den NS-„Hochschulreformen“ bereinigt – es wurde nicht nur das zentrale Berliner Wissenschaftsministerium, das im Rahmen der deutschen hochschulföderalistischen Tradition einen präzedenzlosen Schritt der NS-Machthaber dargestellt hatte, aufgelöst, es wurden vor allem die Dozenten- und Studentenbünde als ein Instrument der ideologischen Beeinflussung des Universitätslebens und der Personalpolitik abgeschafft. Damit wurde jedoch auch das Modell der „braunen“ Mitbestimmung beseitigt und die Universität kehrte zu dem Ordinarienprinzip zurück.

Diese Rückkehr zur traditionellen deutschen Universitätsverfassung wurde von den Universitäten selbst jedoch positiv verstanden, und zwar als ein Beitrag zur Entpolitisierung der Wissenschaft nach den Erfahrungen mit dem NS-Staat. Die Universitäten sollten, über der Tagespolitik stehend, wieder frei die Bildung gewährleisten, welche die Grundlage für die charakterbildende Bedeutung der Wissenschaft darstellte. Auf diese Weise wurde die wieder zugestandene Hochschulautonomie dahingehend ausgenutzt, den als Ideal erscheinenden Zustand der Humboldt-Universität wieder zu erreichen.

Die Möglichkeiten einer Hochschulreform wurden nach der Etablierung der Länder in den einzelnen westlichen Zonen noch weiter vermindert. Dies zeigt eindeutig das Beispiel der Kontroverse zwischen den amerikanischen Besatzungsbehörden und dem neuen bayrischen Schulminister Alois Hundhammer (CSU) im Jahre 1947. Die E&RA Behörde versuchte nach 1945 neue Akzente in ihrer Politik zu setzen, die vor allem darauf abzielten, das Schulsystem zu reformieren. Die Reformen sollten den Zugang zum Universitätsstudium auch den bisher stark unterrepräsentierten unteren Schichten ermöglichen. Dazu wurde nicht nur die Verlängerung der gemeinsamen Grundschulausbildung für alle Kinder, bzw. sogar die Einführung der Einheitsschule, sondern auch die Akademisierung der Lehrerausbildung geplant. Dagegen konnte sich jedoch Alois Hundhammer, der

²⁸ Ebd., S. 291.

für die Erhaltung des elitären Charakters der humanistischen Gymnasien eintrat, erfolgreich wehren, wobei er auch die Meinungsdivergenzen unter den Amerikanern selbst auszunutzen wusste.²⁹

Nach der Entstehung der Länder und nach dem Eklat in Bayern orientierte sich die amerikanische Politik eher an einer indirekten materiellen und informellen Unterstützung des entstehenden westdeutschen Hochschulwesens.³⁰ Die Förderung umfasste nicht nur Bücherlieferungen oder den Studenten- und Professoren Austausch, sondern auch die Unterstützung der Institutionalisierung neuerer Fächer wie der Politischen Wissenschaft oder der Amerikanistik.³¹

Zwiespältig erscheint der Einfluss der Remigranten auf die Erneuerung der westdeutschen Wissenschaft vor allem in den ersten Nachkriegsjahren.³² Einerseits konnten oder wollten nicht alle Emigranten nach Deutschland zurückkehren, andererseits waren die Universitäten und neuen Länderbürokratien offensichtlich nicht besonders daran interessiert, die nach 1933 emigrierten Kollegen in einem größeren Umfang wiederzugewinnen.

²⁹ Dazu vgl.: Gehring, Hansjörg: Educational Reconstruction of Bavaria under U. S. Occupation. In: Heideking – Depaepe – Herbst 1997, S. 247–264.

³⁰ Zur Kulturpolitik der Westalliierten vgl.: Clemens, Gabriele (Hrsg.): Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949, Stuttgart 1994; Dies.: Britische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Literatur, Film, Musik und Theater, Stuttgart 1997; Zauner, Stefan: Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994; Gehring, Hansjörg: Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945–1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programmes, Stuttgart 1976; Hein-Kremer, Maritta: Die amerikanische Kulturoffensive. Gründung und Entwicklung der amerikanischen Information Centers in Westdeutschland und West-Berlin 1945–1955, Köln 1996. Zur westdeutschen Kulturgeschichte nach 1945 vgl. vor allem: Glaser, Hermann: Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948, München 1985; Bd. 2: Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition 1949–1967, München 1986; Bd. 3: Zwischen protest und Anpassung 1968–1989, München 1989.

³¹ Zur Politikwissenschaft nach 1945 vgl.: Bleek, Wilhelm: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001; Marsen, Thies: Zwischen „Reeducation“ und Politischer Philosophie. Der Aufbau der Politischen Wissenschaft in München nach 1945, München 2001.

³² Zu den Remigranten vgl.: Krauss, Marita: Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München 2001; Schildt, Axel: Reise zurück aus der Zukunft. Beiträge von intellektuellen USA –Remigranten zur atlantischen Allianz, zum westdeutschen Amerikabild und zur „Amerikanisierung“ in den fünfziger Jahren, Exilforschung 9 (1991), S. 25–45. Zur wissenschaftlichen Remigration vgl. weiter: Szabó, Anikó: Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2000; Möller, Horst: Die Remigration von Wissenschaftlern nach 1945. In: Motzkau-Valeton, Wolfgang – Böhne, Edith (Hrsg.): Die Künste und die Wissenschaften im Exil 1933–1945, Gerlingen 1992.

Es waren vorwiegend die Probleme bürokratischer Natur, die – bewusst oder unbewusst – eine Rückkehr erschwerten, bzw. den Remigranten oftmals nur eine vorübergehende und lose Verbindung mit der Universität in der Form einer Gastprofessur ermöglichten.³³

Auf der anderen Seite wäre es jedoch vereinfachend, ihren Erneuerungseinfluss auf die deutschen Universitäten und auf die Wissenschaft längerfristig ganz zu bestreiten. Die Bedeutung der Frankfurter Schule für die Geisteswissenschaften in der Bundesrepublik stellt dafür den bekanntesten Beleg dar,³⁴ ähnlich seien in diesem Zusammenhang auch andere aus der Emigration zurückgekehrte Wissenschaftler, wie zum Beispiel die Politologen Ernst Fränkel oder Erich Voegelin zu erwähnen.³⁵

Trotz ihrer anfänglich nur begrenzten Wirkung erstreckten sich die Erneuerungsversuche der Besatzungsmächte auch auf die Gründung neuer Universitäten, wie in Mainz, Saarbrücken und vor allem im Falle der Freien Universität in Berlin.³⁶ Die FU Berlin, gegründet 1948 als ein demokratischer Gegenpol zu der sich unter der sowjetischen Obhut befindlichen traditionsreichen Berliner Universität, stellte für damalige westdeutsche Ver-

³³ Es handelte sich jedoch nicht um eine spezifische westdeutsche Haltung, sehr ähnlich wurden auch die (zahlreichen) zur Rückkehr entschlossenen ehemaligen Universitätslehrer und Wissenschaftler in Nachkriegsösterreich behandelt, vgl.: Fleck, Christian: Autochthone Provinzialisierung. Universität und Wissenschaftspolitik nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich, *Österreichischer Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 7/1 (1996), S. 67–92.

³⁴ Dazu vgl. in diesem Sammelband Šafařík, Petr: Die Rolle der Frankfurter Schule bei der Entwicklung der Sozialwissenschaften und der intellektuellen Landschaft der BRD in den Jahren 1948–1968; und vor allem: Albrecht, Clemens – Behrmann, Günter C. – Bock, Michael: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main 1999. Weiter vgl.: Jay, Martin, *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*, Frankfurt am Main 1976; Wiggershaus, Rolf: *Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Beratung*, Frankfurt am Main 1991; Wiggershaus, Rolf: *Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung*, München 1997.

³⁵ Zu Ernst Fraenkel, der nach 1951 in die BRD zurückkehrte, und zu Eric Voegelin, seit 1958 Professor in München vgl.: Buchstein, Hubertus (Hrsg.): *Vom Sozialismus zum Pluralismus. Beiträge zu Werk und Leben Ernst Fraenkels*, Baden-Baden 2000; Söllner, Alfons: Ernst Fraenkel und die Verwestlichung der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 30 (2002), S. 132–154; Barry Cooper, *Eric Voegelin and the Foundations of Modern Political Science*, Columbia 1999; Sigwart, Hans-Jörg: *Das Politische und die Wissenschaft. Intellektuell-biographische Studien zum Frühwerk von Eric Voegelin*, Würzburg 2005.

³⁶ Zur FU Berlin vgl.: Tent, James F.: *Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen*, Berlin 1988.

hältnisse einen einmaligen Versuch dar, auch den Nichtordinarien und Studenten ein gewisses Mitbestimmungsrecht zu gewähren.

Zusammenfassend erscheint jedoch die Bilanz der westlichen Besatzungspolitik im Hochschulwesen Ende der 40er Jahren in vielerlei Hinsicht als wenig erfolgreich. Die diskutierten Reformvorschläge wurden nur begrenzt in den Universitäten rezipiert, von ihrer Verwirklichung ganz zu schweigen. Stattdessen setzte sich an den Universitäten ein Trend zur Wiederbelebung der vermeintlich altbewährten Traditionen durch, der im personellen Bereich oftmals durch die Rückkehr der gleich nach 1945 wegen ihrer NS-Vergangenheit entlassenen Hochschullehrer begleitet wurde.

Eine Erklärung für diese Entwicklung findet sich erstens in dem Fehlen einer einheitlichen Hochschulreformkonzeption und in der unzureichenden personellen Ausstattung der zuständigen Besatzungsbehörden. Zweitens änderte sich die Prioritätenskala der Westalliierten im Hochschulbereich in Abhängigkeit von der sich dynamisch entwickelten Situation in Nachkriegsdeutschland. Gehörte zu den wichtigsten Prioritäten in den ersten Monaten nach der totalen Niederlage die Wiedereröffnung der Universitäten, wurden die Überlegungen einer konzeptionellen Bildungspolitik in den nächsten Jahren durch die Dringlichkeit der Westintegration des neuen westdeutschen Staates in den Hintergrund gedrängt. Drittens spielte auch der Widerspruch der neuen Länderrepräsentationen und der Universitäten selbst eine nicht unbedeutende Rolle, die von der Hochwertigkeit des traditionellen deutschen Universitäts- und Wissenschaftssystems überzeugt waren.³⁷

Die 50er Jahre

Die neuere Forschung zur Sozial- und Kulturgeschichte der ersten Jahre der Bundesrepublik relativiert eine zu simplifizierende Darstellung der 50er Jahre als eine Epoche des „motorisierten Biedermeiers“. Vor allem die zweite Hälfte der 50er Jahre erscheint eher als eine „Inkubationsepo-

³⁷ An einem konkreten Beispiel beschreibt Stefan Zauner anschaulich die Handlungsspielräume der deutschen Universitätslehrer gegenüber der Besatzungsmacht, Zauner, Stefan: Universität Tübingen und Leibniz-Kolleg in der französischen Besatzungszeit. Aspekte des akademischen Neubeginns im Nachkriegsdeutschland, *Historisches Jahrbuch* 119 (1999), S. 209–231.

che“ der Reformstrebungen des folgenden Jahrzehnts.³⁸ Wie am deutlichsten Ulrich Herbert zeigt, muss man die Bedeutung dieser „Übergangsepoche“ in der modernen deutschen Geschichte vor allem in der Stabilisierung einer nach dem totalen Zusammenbruch desintegrierten Gesellschaft sehen. Diese Stabilisierung wurde durch das kräftige wirtschaftliche Wachstum, die Adenauersche Sozialpolitik wie auch durch die feste Eingliederung des jungen westdeutschen Staates in die westlichen politischen und militärischen Strukturen ermöglicht.³⁹

Ob man überhaupt und wenn, in welchem Ausmaß zu einer solchen Feststellung auch für den Universitätsbereich der 50er Jahre gelangen kann, ist jedoch fragwürdig.

Die Hochschullandschaft überlebte die Jahre des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der einsetzenden gesellschaftlichen Modernisierung ohne irgendwelche Strukturreformen. Gerade in diesem aufgestauten Reformdruck kann man eine der Ursachen der Radikalität und Dynamik der späteren „68er-Bewegung“ sehen.⁴⁰

Auf der anderen Seite findet man auch im Hochschulbereich einige Tendenzen, die zwar erst in den 60er Jahren voll hervorgetreten sind, die jedoch schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre einsetzten.

Die Hochschullandschaft wurde auch in den 50er Jahre durch die historisch gewachsene Universitäts- und Hochschulstruktur geprägt. In der

³⁸ Vgl.: Schildt, Axel: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993. Zur Kulturöffnung und Modernisierung in den ersten Jahren der Bundesrepublik gibt es schon eine umfangreiche Literatur, vgl. z.B.: Hochgeschwender, Michael: *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998; Sauer, Thomas: *Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises*, München 1998; Kruij, Gudrun: *Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verleges. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen*, München 1998; Schildt, Axel: *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1998; Chun, Jin-Sung: *Das Bild der Moderne in der Nachkriegszeit. Die westdeutsche Strukturgeschichte im Spannungsfeld von Modernitätskritik und wissenschaftlicher Innovation 1948–1962*, München 2000; Schildt, Axel: *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995; Ders.: *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 1999.

³⁹ Herbert, Ulrich: *Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*. In: Ders. (Hrsg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002, S. 7–52.

⁴⁰ Zu neueren Studien zur Studentenbewegung der 60er Jahre vgl. die Forschungsberichte: Weinbauer, Klaus: *Zwischen Aufbruch und Revolte: Die 68er-Bewegungen und die Gesellschaft der Bundesrepublik der sechziger Jahre*, *Neue Politische Literatur* 46 (2001), S. 412–432; Siegfried, Detlef: *Forschungsbericht 1968*, *H-Soz-u-Kult* 12. 2. 2002, Zugang vom 20. 12. 2006.

Besatzungszeit wurden nur drei neue Universitäten gegründet, in den 50er Jahren keine – bis auf die Ausnahme der verspäteten Wiedereröffnung der Gießener Universität 1957.⁴¹ Zugleich änderte sich jedoch der Kontext, in dem die westdeutschen Universitäten agierten, maßgeblich. Mit der Zerschlagung Preußens, dessen westliche Provinzen in die neu entstandenen Bundesländer eingegliedert worden waren, verschwand nach 1945 zugleich ein Land, das in der deutschen Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte eine unbestreitbare Leitstellung innegehabt hatte. Daraus resultierte der immer stärkere Trend zur länderübergreifenden Koordination in Sachen Universitäts- und Bildungspolitik. Nach der Wiedergründung der traditionellen Rektorenkonferenz in der Form der Westdeutschen Rektorenkonferenz,⁴² wurde im Jahre 1948 die Kulturministerkonferenz (Ständige Konferenz der Kulturminister der Länder in der Bundesrepublik – KMK) mit einem eigenen Hochschulausschuss gegründet.⁴³

Im Laufe der 50er Jahre ist es auch zu einer Steigerung der Studentenzahlen gekommen. Während im Jahre 1952 an den Universitäten, Technischen Hochschulen, Pädagogischen Akademien und sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen insgesamt 127 120 Studenten und Studentinnen eingeschrieben waren (davon an den Universitäten ungefähr zwei Drittel), wuchs diese Zahl bis zum Ende der 50er Jahre um fast 100 000 an. Diese Steigerung wurde auch durch den Zuwachs der Studentinnen mitverursacht: Im Jahre 1952 studierten an den westdeutschen Hochschulen nur noch 24 942 Frauen, was einem Anteil von 19,6 % aller Studierenden entsprach. Acht Jahre später stieg jedoch ihre Zahl um mehr als das Doppelte: 1960 studierten schon 61 429 Frauen und ihr Anteil wuchs bis auf 27,9 % an.⁴⁴

Der Zuwachs der Studierenden im Laufe der 50er Jahre vergrößerte auch die Studentenquote: bildeten noch Anfang der 50er Jahre die 22jährige Hochschulalter nur 3,4 % ihres Geburtenjahrgangs, fand man 1960 in der gleichen Altersgruppe schon 4,6 % der Hochschulalter.⁴⁵

⁴¹ Nach 1945 wurde die Gießener Universität in eine landwirtschaftliche Hochschule umgewandelt. 1957 wurde ihr der Universitätsstatus zurückgegeben.

⁴² Zur WRK vgl.: Leussink, Hans: Zur Vorgeschichte und Geschichte der Westdeutschen Rektorenkonferenz, *Studium generale* 16 (1963), S. 209–220.

⁴³ Zur KMK vgl. den enzyklopädischen Überblick. In: Führ 1996, S. 34–39.

⁴⁴ Eigene Berechnungen nach der Tabelle 49 „Hochschüler im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1973“ in: Lundgreen, Peter: *Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, Teil II: 1918–1980*, Göttingen 1981, S. 146.

⁴⁵ Laut den Angaben in der Tabelle 52 „Relativer Hochschulbesuch der Studenten im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1975“. In: Lundgreen 1981, S. 150.

Auf der anderen Seite scheint es, daß es in den 50er Jahren zu keiner bedeutenden Veränderung in der Sozialstruktur der Studierenden gekommen war. Auch weiter blieb die untere Mittelschicht, zu der mehr als die Hälfte der Studenten gehörte, dominant, gefolgt von der oberen Mittelschicht (38–39 % der Studierenden). Kinder aus Arbeiterfamilien (5 %) sind auch in den 50er Jahren tief unterrepräsentiert geblieben. Teilweise hat sich nur der Proporz zwischen den Studierenden aus den Familien der mittleren Beamten und aus den Familien der Angestellten zugunsten der letzten Sozialgruppe verschoben.⁴⁶

In jedem Fall zeigen diese Zahlen, daß das Wachstum der Studentenzahlen in den 50er Jahren noch nicht eine Öffnung der Hochschulen für breitere soziale Schichten bedeutete. Das wachsende Studieninteresse geht vor allem auf das Konto der Studierenden aus den Familien, die traditionell ihre Kinder an die Hochschulen schickten. Bedeutend war jedoch die Steigerung des Frauenanteiles unter den Studierenden, ein Trend, der in den folgenden Jahrzehnten weiter zunehmen würde.

Als drittes Merkmal der Entwicklung des Hochschulwesens in den 50er Jahren in der Bundesrepublik ist hier das wachsende Interesse für eine einheitliche Koordinierung der Hochschul- und Wissenschaftspolitik zu nennen, die 1957 in der Gründung des Wissenschaftsrates gipfelte.⁴⁷ Seine Gründung resultierte nach Bartz aus mehreren Ursachen. Einerseits wurden nach den Pariser Verträgen 1955 einige strategische Forschungsfächer, wie zum Beispiel die Weltraumforschung oder die Atomforschung, ausgeweitet, zugleich wurde durch den Sputnik-Schock die politische Bedeutung der technischen Fächer deutlich. Diese Ereignisse, zusammen mit der sich gut entwickelnden Haushaltssituation des Bundes, verstärkten in der zweiten Hälfte der 50er Jahre die Bemühungen um eine zentrale Koordinierung der Wissenschaftspolitik.⁴⁸

Der Wissenschaftsrat, in dem die von der Bundesregierung und von den Länderregierungen ernannten Politiker und die Vertreter der Wissenschaft zusammentrafen, sollte diesem neuen Interesse des Staates Rechnung tragen. Zu seiner Hauptaufgabe gehörte die Vorbereitung der Pla-

⁴⁶ Siehe: Tabelle 53 „Soziale Herkunft der Studenten und Studentinnen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1969“. In: Lundgreen 1981, S. 153.

⁴⁷ Zur Wissenschaftsrat vgl. jetzt die quellengestützte Dissertation: Bartz, Olaf: Wissenschaftsrat und Hochschulplanung. Leitbildwandel und Planungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1957 und 1975, Köln 2006, S. 245 (on-line abrufbar unter: <http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=981776116>. Zugang vom 15. 2. 2007).

⁴⁸ Bartz 2006, S. 41–54.

nungen für den Hochschulbereich. Die erste Empfehlung des Wissenschaftsrates vom 1960, die „Empfehlungen zum Ausbau wissenschaftlicher Einrichtungen“, auch „Blaue Bibel“ genannt, enthielten die später meistens auch realisierten detaillierten Vorschläge für einen massiven quantitativen Ausbau der bestehenden Hochschulen, und zwar vorwiegend in Form neuer Lehrstühle und der Steigerung der Zahl des wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Hochschulpersonals.⁴⁹

Den Empfehlungen folgte zwei Jahre später eine andere Denkschrift, die „Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen“,⁵⁰ die den Plänen der Länder für die Gründung neuer Hochschulen eine einheitliche Grundlage geben sollten. Die Denkschrift befasst sich detailliert mit der Ausgestaltung der neuen Studienpläne, wobei besonderes Augenmerk auf die Eingliederung der ingenieurwissenschaftlichen Fächer in neue Universitäten gewidmet wurde. Der Vorschlag des Wissenschaftsrates, die neuen Hochschulen sollten durch ihre Personalpolitik von vornherein ausgewählte Fächergruppen und Forschungsrichtungen akzentuieren und auf diese Weise zur Lehr- und Forschungsprofilierung der neuen Hochschulen beizutragen, nahm bewusst von dem Prinzip der Vollständigkeit, „die heute ohnedies an keiner Universität mehr zu verwirklichen ist“,⁵¹ Abschied.

Im Allgemeinen erscheinen jedoch die Anregungen des Wissenschaftsrates von 1962 als ein Versuch, die traditionellen Hauptmerkmale der deutschen Universität, die durch die Verbindung von Forschung und Lehre, ihrer Freiheit und der Lernfreiheit der Studenten umrissen wurden, als anpassungsfähig an die neue Erfordernisse darzustellen. Dagegen wurden vom Wissenschaftsrat einige tief greifende Reformideen, da sie den traditionellen Grundsatz von der „Einheit von Forschung und Lehre“ bedrohen konnten, abgewiesen. Dies gilt vor allem für die Idee einer Zweiteilung des Hochschulstudiums, die mindestens die zweite, „wissenschaftliche“, Stufe vom „Massenandrang“ der Studenten entlasten sollte, oder in die gleiche Richtung zielende Vorschläge zur Gründung neuerer kleiner Eliteeinrichtungen nach dem Beispiel der französischen Grandes Ecoles. Die „Anregungen“ schlugen dagegen vor, den durch die rasch ansteigende Anzahl der Studenten verursachten Problemen „durch die Einrichtung von zusätz-

⁴⁹ Ebd., S. 91–93.

⁵⁰ Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen. Verabschiedet von der Vollversammlung des Wissenschaftsrates am 10. Februar und 26. Mai 1962, in: Neuhaus, Rolf (Hrsg.): Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen, Wiesbaden 1968, S. 1–75.

⁵¹ Ebd., S. 12.

lichen Lehrstühlen, durch die Verstärkung des personellen Mittelbaues und durch die Gründung neuer Hochschulen zu begegnen“⁵² und die hochspezialisierten Forschungsinstitute in die Hochschulen zu integrieren oder sie mindestens „in einen engen Kontakt mit den Hochschulen zu bringen.“⁵³ Letztlich sprach sich der Wissenschaftsrat auch gegen die Lockerung der Gefüge der traditionellen Fakultäten und gegen die Gründung neuer spezialisierten Fachhochschulen aus, da „enges Spezialistentum nicht dem Ideal deutscher Universitätsbildung entspricht.“ Stattdessen sollten die schon bestehenden Fachhochschulen und die Medizinischen Akademien „in enge Verbindung mit einer anderen Hochschule“ gebracht werden.⁵⁴

Die spätere Entwicklung folgte in einigen Fällen den Grundideen der Anregungen von 1962, wie zum Beispiel im Falle der meistens sehr unterschiedlichen Fächern integrierenden „Gesamthochschulen“. Zugleich sprengten jedoch andere Neuerungen, wie die Zweiteilung des Studiums im „Kasseler Modell“ zeigte, den vom Wissenschaftsrat vorgezeichneten Rahmen.

Die Entwicklung in den 60er Jahren

Mit der Darstellung der Anregungen des Wissenschaftsrates von 1962 wurde schon der Übergang zu den 60er Jahren überschritten, die, wie schon mehrmals angedeutet, erst einen wesentlichen Durchbruch zu einem reformierten, modernisierten Hochschulwesen gebracht haben. Drei Merkmale erscheinen für diese Zeit als charakteristisch.

Das erste Merkmal ist die veränderte Atmosphäre in der Gesellschaft wie auch an den Universitäten. Es war vor allem die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Herrschaft, die einen wichtigen Aspekt des Modernisierungs- und Erneuerungsprozesses in der bundesdeutschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft darstellte. Auf die Initiative des Tübinger AStA geht die Realisierung einer viel besuchten und medienwirksamen Ringvorlesung zur Tübingener Universitätsgeschichte im Nationalsozialismus im Jahre 1965 zurück, welcher ähnliche Vorlesungsreihen an der FU Berlin, in Marburg, Münster, Bonn, Heidelberg und München

⁵² Ebd., S. 8.

⁵³ Ebd. S. 9.

⁵⁴ Ebd.

folgten.⁵⁵ Im Jahre 1966 widmete sich auch der Deutsche Germanistentag in München der eigenen Geschichte. Zweifellos auch im Zusammenhang mit der Darstellung und Erforschung der eigenen Fachgeschichte sind die literaturwissenschaftlichen Versuche einer methodologischen Erneuerung und innovativeren Forschungsrichtung Ende der 60er Jahre zu sehen.⁵⁶

Auch im Zusammenhang mit diesen „mental“en Veränderungen der 60er Jahren wurde ein neues Bildungsverständnis entwickelt.

Initialzündung für eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Rolle der Bildung in der modernen Gesellschaft stellte die Artikelserie des Heidelberger Religionsphilosophen und Bildungsexperten Georg Picht dar, die 1964 in dem Buch „Die deutsche Bildungskatastrophe“ gesammelt wurden.⁵⁷ Picht attestierte dem deutschen Bildungswesen eine im internationalen Vergleich weitgehende Rückständigkeit, die nach seiner Hauptthese die Barriere des wirtschaftlichen Wachstum und der Modernisierung darstellte. Ein Jahr später beschied der Soziologe und spätere bedeutende Politiker der FDP Ralf Dahrendorf der Bildung eine wichtige Rolle bei der Realisierung der sozialen Chancengleichheit und deklarierte die Bildung zu einem der Bürgerrechte.⁵⁸

Was den beiden Reformvorschlägen gemeinsam war, war der Ruf nach einer umfassenderen Hochschulplanung und Expansion, deren Bedarf je-

⁵⁵ Vgl.: Lammers, Karl Christian: Die Auseinandersetzung mit der „braunen“ Universität. Ringvorlesungen zur NS-Vergangenheit an westdeutschen Hochschulen. In: Schildt, Axel – Siegfried, Detlef – Lammer, Karl Christian (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 148–165. Einige Ringvorlesungen liegen auch gedruckt vor: Flitner, Andreas (Hrsg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen, Tübingen 1965; Kuhn, Helmut – Pascher, Joseph – Maier, Hans (Hrsg.): Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966. Zur Rolle der Vergangeheitsbewältigung im Rahmen der westdeutschen Studentenbewegung der 60er Jahre vgl.: Rusinek, Bernd A.: Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre. In: Schildt – Siegfried – Lammer 2000, S. 114–147; Thamer, Hans-Ulrich: Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er Bewegung, Westfälische Forschungen 48 (1999), S. 39–53.

⁵⁶ Zur Diskussion, die dem Münchener Germanistentag folgte vgl.: Germanistik – eine deutsche Wissenschaft. Beiträge von Eberhard Lämmert u.a., Frankfurt am Main 1967. Zur „Kontinuitätsthese“ vgl. vor allem: Voßkamp, Wilhelm: Kontinuität und Diskontinuität. Zur deutschen Literaturwissenschaft im Dritten Reich. In: Lundgreen, Peter (Hrsg.): Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1985, S. 140–162.

⁵⁷ Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Freiburg 1964.

⁵⁸ Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine alternative Bildungspolitik, Hamburg 1965.

doch nicht mehr durch die Lehr- und Wissenschaftserfordernisse, sondern durch externe Faktoren wie die Bedeutung der Bildung für die moderne Wirtschaft oder für die Schaffung einer demokratischen Gesellschaft, wie die liberal-demokratische Argumentation von Dahrendorf nahe legt.

Ein zweites Merkmal der Universitätsgeschichte seit der Mitte der 60er Jahre stellte der massive Neuausbau des Hochschulwesens dar. Es wurden nicht nur die bestehenden Hochschulen ausgebaut, es wurden darüber hinaus auch ganz neue Hochschulen gegründet und auf diese Weise die tradierte Hochschulstruktur kräftig verändert.

Die Universitätslandschaft hat sich in Westdeutschland bis 1960 im Vergleich mit den Universitätsorten im 19. Jahrhundert nur wenig verändert – bis auf die in den Jahren 1914–1919 gegründeten Universitäten in Frankfurt am Main, Hamburg und Köln und auf die nach 1945 entstandene Universitäten in Mainz, Saarbrücken, die FU Berlin und die 1957 wiedererrichtete Justus-Liebig-Universität Gießen, konnten die Universitäten auf ihre mindestens bis zum 19. Jahrhundert reichenden Traditionen zurückblicken. Danach hat sich die Universitätsstandortkarte jedoch tief greifend verändert. Allein zwischen den Jahren 1965 und 1975 sind 24 neue Universitäten und Gesamthochschulen entstanden.

Die Gründungsinitiative ist vor allem von den Ländern ausgegangen. Sie verfolgten mit den Hochschulneugründungen vor allem das Ziel einer Stärkung der bisher strukturschwachen Regionen. Zugleich sollten die Neugründungen in den neuen Ballungszentren der nach 1945 veränderten Wirtschaftsstruktur in den Länder Rechnung tragen.

Am aktivsten beteiligten sich an den Neugründungen vor allem Nordrhein-Westfalen mit zehn und Bayern mit sieben neuen Hochschulen.⁵⁹ Die Hochschulen wurden entweder auf der grünen Wiese gegründet, wie es der Fall der Konstanzer, Bremer, Bochumer oder Bielefelder Universität war, oder es wurden schon bestehende Medizinische oder Pädagogische

⁵⁹ In NRW sind die Universitäten in Bochum (1965), Düsseldorf (1965), Bielefeld (1969), Dortmund (1969) und Essen (1972) entstanden. 1972 wurden auch 4 Gesamthochschulen gegründet, und zwar in Duisburg, Paderborn, Siegen und Wuppertal. Zwei Jahre später entstand in Hagen die Fernuniversität. In Bayern wurden zu Universitätsstädten Regensburg (1967), Augsburg (1970), Bayreuth (1975) und am Ende der 70er Jahre auch Passau (1978). Daneben wurden 1972 in Eichstätt und Bamberg zwei Gesamthochschulen gegründet, im Jahre 1973 entstand in München die Universität der Bundeswehr. Die Lage des bisher hochschulpolitisch vernachlässigten Süddeutschland wurde in den 60er Jahren auch durch die Neugründungen in Baden-Württemberg wesentlich verbessert: in den Jahren 1966–1967 wurden vier neue Universitäten gegründet (Konstanz, Stuttgart-Hohenheim, Mannheim und Ulm).

Akademien ausgebaut, wie im Falle der nordrheinwestfälischen Universitäten in Düsseldorf und Dortmund. Zur Grundlage einer Hochschulneugründung konnte auch die Zusammenlegung der verschiedenen Fachschullehrgänge und Ingenieurschulen werden, was vor allem für die so genannten Gesamthochschulen galt.

Die neuen Universitäten sollten zugleich neuen Geist und Reformversuche verkörpern. Nicht wenige dieser Universitäten sind am Stadtrand als „Campus-Universitäten“ entstanden, zugleich wurden auch neue Universitätsformen ausprobiert, die, wie im Falle der „Gruppenuniversitäten“, die Demokratisierung der internen Entscheidungsprozesse, die das althergebrachte Ordinarienprinzip ersetzte, verkörpern sollten. Ähnlich sollte das so genannte Honnefer-Modell der neu gefragten sozialen Öffnung der Hochschulbildung Rechnung tragen.

Einen neuen Hochschultyp sollten auch die so genannten Gesamthochschulen darstellen, die die Universitätsfächer mit den praxisorientierten Fachschullehrgängen vereinigten. Die Gesamthochschulen sollten darüber hinaus durch die Aufteilung des Studiums in Studienstufen die Bildungsbarrieren beseitigen. Diese Idee wurde am erfolgreichsten in Kassel („Kasseler Modell“) verwirklicht, wo die erste Studienstufe, die mit dem Diplom I abgeschlossen wurde, de facto das Abitur ersetzen und die Studenten für das Universitätsstudium, bzw. für die zweite Studienstufe (Diplom II) vorbereiten sollte. Durch die Zweiteilung des Hochschulstudiums wurde zugleich der bisherige Grundsatz des Hochschulstudiums als eines von Anfang an wissenschaftlichen Studiums durchbrochen.

Neben dem quantitativen Ausbau und den neuen Organisationsformen des Hochschulwesens wurde in den 60er Jahren das Bildungsangebot auch durch die Gleichstellung der anderen Typen der tertiären Bildung mit den Universitäten, Technischen Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Hochschulen erweitert. Der Hochschulstatus wurde den Pädagogischen Akademien, die die Ausbildung der Volksschullehrer besorgt hatten, zuerkannt; andere Akademien wurden in die Universitäten oder Gesamthochschulen integriert. 1968 wurden aufgrund eines Abkommens der Ministerpräsidenten die bisherigen Ingenieurschulen und andere praktisch bezogene höhere Fachschulen in neue Fachhochschulen zusammengeschlossen und damit eine weitere Hochschulform geschaffen, die die wachsende Nachfrage nach Hochschulbildung befriedigen sollte.⁶⁰

⁶⁰ Zu den Fachhochschulen vgl.: Führ 1996, S. 435–436.

Die Hochschulexpansion in den Jahren 1965–1975 spiegelte sich auch in einem massiven Zuwachs der Studierenden, deren Zahl sich in den 15 Jahren zwischen 1960 und 1975 verdreifacht hatte, wieder: gab es 1960 an den Universitäten, Technischen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Hochschulen 220 003 Studierenden, studierten 1975 in der BRD schon 655 469 Männer und Frauen. Gerade die Frauen profitierten am meisten von der Hochschulexpansion. Ihre Anzahl wuchs von 61 429 (1960) auf 236 355 (1975) an. Damit stellten die Frauen in der Hälfte der 70er Jahre 36 % aller Studierenden.⁶¹

Auch die Studentenquote konnte in den Jahren 1960–1975 bedeutend vergrößert werden. Wie schon erwähnt, studierten am Anfang der 60er Jahre an den Hochschulen 4,6 % eines Geburtenjahrganges. Nach 15 Jahren konnte dieser Anteil der Hochschulstudenten unter den 22jährigen verdoppelt werden (1975: 10,5 %).⁶²

Teilweise zu Gunsten der bisher unterrepräsentierten sozialen Schichten änderte sich auch die soziale Zusammensetzung der Studenten. Der Anteil der Arbeiterkinder wurde Ende der 60er Jahre im Vergleich zum Anfang des Jahrzehnts verdoppelt. Mit den 10 % der Studienanfänger aus Arbeiterfamilien im Jahre 1969 blieb jedoch auch in der Zeit der Hochschulexpansion diese soziale Schicht der Hochschulbildung relativ fern.⁶³

Das dritte Merkmal der Entwicklung des Hochschulwesens in den 60er Jahren stellte der verstärkte Einfluss des Bundes in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik dar. Die hochschulpolitischen Fragen wurden vor allem von der großen Koalition aufgegriffen. Durch die Reformen des deutschen Föderalismus und die Verabschiedung des Hochschulbauförderungsgesetz 1969 beteiligte sich zum ersten Mal auch der Bund am Hochschulausbau. Im Herbst 1969 wurde von der sozial-liberalen Koalition das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gegründet. In den folgenden Jahren wurden weitere gesetzliche Normen verabschiedet, die die bundesweite Rahmenregelung einzelner Aspekte des Bildungswesen darstellten, wie zum Beispiel das Berufsbildungsgesetz (1969), das Fernunterrichtsschutzgesetz (1976) und vor allem das 1976 verabschiedete

⁶¹ Eigene Berechnungen nach Tabelle 49 „Hochschüler im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1973“. In: Lundgreen 1981, S. 146.

⁶² Laut den Angaben in Tabelle 52 „Relativer Hochschulbesuch der Studenten im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1975“. In: Lundgreen 1981, S. 150.

⁶³ Die Angaben nach Tabelle 53 „Soziale Herkunft der Studenten und Studentinnen im deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1969“. In: Lundgreen 1981, S. 153.

Hochschulrahmengesetz, das nach mehreren Novellierungen bis heute den Grundstock des deutschen Hochschulwesens darstellt.⁶⁴

Zusammenfassung

Die „verspätete Modernisierung“ der westdeutschen Universitäten nach 1945 fand ihren Ursprung in mehreren Gründen. Das Fehlen einer einheitlichen Konzeption der Universitätsreform seitens der Westalliierten, wie auch die unzureichende personelle Ausstattung der zuständigen Besatzungsbehörden und der Druck auf die Wiedereröffnung der Universitäten nach 1945 schufen einen genügenden Raum für die Universitätsautonomie, die von den deutschen Hochschullehrer und von den neuen politischen Länderrepräsentation zur Rückkehr zu traditionellen Werten und der Universitätsstruktur ausgenutzt wurde. Nach der allmählichen Übergabe der politischen Kompetenzen in deutsche Hände und im Zusammenhang mit der veränderten internationalen Situation Ende der 40er Jahre gab es auch wenig Interesse, die diskutierten Reformkonzepte umzusetzen.

Diese Entwicklung wurde in den 50er Jahren noch weiter verstärkt, nicht zuletzt auch in Folge der Rückkehr der gleich nach 1945 wegen ihrer NS-Vergangenheit entlassenen Hochschullehrer. Zugleich sind jedoch die 50er Jahre, oder zumindest ihre zweite Hälfte, als eine „Übergangsepoche“ anzusehen. Im Hochschulbereich hatten langsam einige Trends eingesetzt, die nach 1960 voll ausgeprägt wurden. Der Zuwachs der Studierenden oder das wachsende Interesse des Bundes für eine koordinierte Hochschul- und Wissenschaftspolitik stellten letztlich das tradierte Bildungsideal wie auch das kulturstaatliche Modell in Frage. Jedoch erst in den 60er Jahren wurde die westdeutsche Hochschullandschaft auf vielfältige Weise tiefgreifend verändert.

Diesen Veränderungen ist vor allem ein Aspekt gemein. Die neuen Aufgaben, die der Hochschul- und Universitätsbildung beschieden wurden, schwächten weiter den traditionellen Bildungsbegriff. Der massive Ausbau und vor allem die zahlreichen Hochschulneugründungen, die Versuche, neue Hochschulmodelle zu etablieren und einen raschen Anstieg der Studentenzahlen, mitsamt der Veränderungen in der sozialen und geschlechterspezifischen Zusammensetzung der Studentenschaft, erlauben, die Re-

⁶⁴ Zu den einzelnen Gesetzen vgl. vor allem die Überblicke in: Führ 1996.

formen der 60er Jahre als einen epochenhaften Umbruch in der (west)deutschen Universitätsgeschichte zu begreifen.⁶⁵

In Folge der grundlegenden sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Veränderungen in den westeuropäischen Gesellschaften in der zweiten Hälfte des 20sten Jahrhunderts wurde die Bildung zum hervorragenden politischen Thema. Die jüngsten Versuche einer Modernisierung der deutschen Hochschulen und der Forschung oder die Durchsetzung des „Eliteuniversitätsmodells“ sind als die bisher letzten Ergebnisse dieser langen Bildungsdiskussion zu sehen. Mit immer größerem Nachdruck wird dabei das zukunftsweisende und erfolgreiche Vorbild im amerikanischen Hochschul- und Forschungsmodell erblickt.⁶⁶

Literaturverzeichnis

- Ash, Mitchell G.: Verordnete Umbrüche – Konstituierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43 (1995), S. 903–923.
- Bartz, Olaf: Wissenschaftsrat und Hochschulplanung. Leitbildwandel und Planungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1957 und 1975, Köln 2006, S. 245 (on-line abrufbar unter: <http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=981776116>. Stand zum 15. 02. 2007).
- Bruch, Rüdiger vom: Langsamer Abschied von Humboldt? Etappen deutscher Universitätsgeschichte 1810–1945. In: Ash, Mitchell G. (Hrsg.): *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*, Wien – Köln – Weimar 1999, S. 29–57.
- Bruch, Rüdiger vom – Kaders, Brigitte (Hrsg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002.
- Clemens, Gabriele (Hrsg.): *Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949*, Stuttgart 1994.

⁶⁵ Zusammenfassend vgl.: Bruch, Rüdiger vom: Langsamer Abschied von Humboldt? Etappen deutscher Universitätsgeschichte 1810–1945. In: Ash, Mitchell G. (Hrsg.): *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*, Wien – Köln – Weimar 1999, S. 29–57. Vom Bruch weist jedoch nachdrücklich darauf hin, daß die Entwicklung der 60er Jahre, trotz ihrer Bedeutung für die moderne deutsche Universitätsgeschichte, keinen plötzlichen Bruch darstellte; sie ist seiner Meinung nach eher im Zusammenhang mit einer schon seit Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachteten Erodierung des Humboldt-Ideal zu sehen.

⁶⁶ Die amerikanischen Einflüsse auf die deutschen Universitäten nach 1945 fasst Stefan Paulus anschaulich zusammen, siehe: Ders.: *The Americanisation of Europe after 1945? The Case of the German Universities*, *European Review of History* 9 (2002), S. 241–253.

- Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine alternative Bildungspolitik, Hamburg 1965.
- Defrance, Corine: Les Alliés occidentaux et les universités allemandes 1945–1949, Paris 2000.
- Führ, Christoph – Furck, Carl-Ludwig (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. IV, 1945 bis zur Gegenwart, München 1998.
- Führ, Christoph: Deutsches Bildungswesen seit 1945, Bonn 1996.
- Heinemann, Manfred (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens nach 1945 in Westdeutschland 1945–1952, Teil 1: Die Britische Zone, Teil 2: Die US-Zone, Teil 3: Die Französische Zone, Hildesheim 1990.
- Heinemann, Manfred (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981.
- Lundgreen, Peter: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, Teil II: 1918–1980, Göttingen 1981.
- Marburger Hochschulgespräche 12. bis 15. Juni 1946. Referate und Diskussionen, Frankfurt am Main 1947.
- Neuhaus, Rolf (Bearb.): Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, Wiesbaden 1961.
- Neuhaus, Rolf (Hrsg.): Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen, Wiesbaden 1968.
- Paulus, Stefan, The Americanisation of Europe after 1945? The Case of the German Universities, *European Review of History* 9 (2002), S. 241–253.
- Phillips, David (Hrsg.): German Universities after the Surrender: British Occupation Policy and the Control of Higher Education, Oxford 1983.
- Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Freiburg 1964.
- Schildt, Axel: Im Kern gesund? Die deutschen Hochschulen nach 1945. In: König, Helmut – Kuhlmann, Wolfgang – Schwabe, Klaus (Hrsg.): Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen, München 1997.
- Szabó, Anikó: Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschul-lehrer im Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2000.
- Tent, James F. (Hrsg.): Academic Proconsul: Harvard Sociologist Edward Y. Hartshorne and the Reopening of German Universities: His Personal Account, Trier 1998.
- Tent, James F.: Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988.
- Vollnhals, Clemens – Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.
- Zauner, Stefan: Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994.